

## PRESSEMITTEILUNG

25. November 2024

# Wirtschaftskrise: Kurzarbeit zu verlängern, rettet keine Arbeitsplätze

- **Ökonomen vergleichen Kurzarbeit-Verlängerung mit Lohnsenkung**

Bonn, Mannheim, 25.11.2024 – **Die wirtschaftliche Lage in Deutschland trübt sich weiter ein. Die Zahl der Menschen in Kurzarbeit ist nach jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit innerhalb eines Jahres um rund 55 Prozent auf 215.300 gestiegen (April 2024). In der Vergangenheit verlängerte die Regierung häufig die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, um Arbeitsplätze zu retten. Das Problem: Eine aktuelle Untersuchung von Wirtschaftsforschern belegt, dass dadurch keine zusätzlichen Arbeitsplätze gerettet werden. Diese Ergebnisse veröffentlicht das EPoS Economic Research Center der Universitäten Bonn und Mannheim in dem Diskussionspapier „Short-Time Work Extensions“.**

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben deutsche Regierungen regelmäßig die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld verlängert, um Entlassungen zu vermeiden und Arbeitsplätze zu retten. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme ist unter Ökonomen umstritten. „Unsere Studienergebnisse zeigen, dass die Verlängerung der Kurzarbeit nicht geeignet ist, Arbeitsplätze zu retten, so lange Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch andere Möglichkeiten haben, wie zum Beispiel die Löhne in Krisenzeiten zu senken“, sagt Moritz Kuhn vom EPoS Economic Research Center.

Die Forscher nutzen eine unerwartete Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes unter Arbeitsministerin Ursula von der Leyen im Jahr 2012, um zu untersuchen, wie sich die Beschäftigung in Betrieben mit der Möglichkeit einer 6-monatigen und 12-monatigen Bezugsdauer von Kurzarbeit entwickelt hat. Überraschend zeigen sich bei der Veränderung der Beschäftigung innerhalb eines Jahres keine Unterschiede in den beiden Gruppen.

### **Niedrigere Gehälter sichern ebenfalls Jobs**

Der Grund: In Firmen, die ihre Kurzarbeitsprogramme nicht verlängern, sorgen anschließend niedrigere Löhne für die Sicherung der Arbeitsplätze. „Was wir sehen ist, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer Löhne und Beschäftigungsstabilität gegeneinander abwägen“, sagt Kuhn. „Denn es ist ja im eigenen Interesse sowohl von Unternehmen als auch der Belegschaft, gute Arbeitsplätze über die Phase einer schwächelnden Konjunktur hinweg zu erhalten.“

Wenn Unternehmen die Löhne in der Krise senken können, um Arbeitsplätze zu erhalten, herrscht aus Sicht der Wirtschaftsforscher keine Notwendigkeit, die Kurzarbeit zu verlängern. Die Ökonomen empfehlen der Politik daher, die Möglichkeiten von Kurzarbeit, Arbeitsplätze zu retten, nicht zu überschätzen. „Kurzarbeit stellt erst einmal eine Subvention dar und unsere Ergebnisse legen nahe, dass es große Mitnahmeeffekte gibt. Das muss der Politik bewusst sein, wenn unnötige Kosten für die Sozialversicherungssystem vermieden werden sollen“, sagt Kuhn.

# PRESSEMITTEILUNG

## Regelung der Kurzarbeit – international ein Vorbild

Grundsätzlich ist die Kurzarbeit in Deutschland heute auf 12 Monate begrenzt. Arbeitszeit und Gehalt sind in dieser Zeit reduziert. Einen Teil des Verdienstaufschlags gleicht die Agentur für Arbeit aus: Die Beschäftigten erhalten wie im Fall von Arbeitslosigkeit einen Teil, 60 Prozent, des ausgefallenen Nettoentgelts als Kurzarbeitergeld. Die Regierung kann die Bezugsdauer verlängern, wie beispielsweise 2022 auf 28 Monate, um die Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern. Die deutsche Regelung der Kurzarbeit gilt international als Vorbild.

---

Das vorgestellte Diskussionspapier ist eine Publikation des Sonderforschungsbereichs (SFB) Transregio 224 EPoS. Die vollständige Studie finden Sie hier: <https://www.crctr224.de/research/discussion-papers/archive/dp406>

Eine Liste aller Diskussionspapiere des SFB finden Sie hier: <https://www.crctr224.de/research/discussion-papers>.

## Die Autoren

**Christina Brinkmann**, Doktorandin, Abteilung Volkswirtschaftslehre, Universität Bonn und Mitglied des EPoS Economic Research Center

**Simon Jäger**, Professor für Volkswirtschaftslehre, MIT

**Moritz Kuhn**, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und Mitglied des EPoS Economic Research Center

**Farzad Saidi**, Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Bonn und Mitglied des EPoS Economic Research Center

**Stefanie Wolter**, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg

## Der Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS

Der 2018 eingerichtete [Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS](#), eine Kooperation der Universität Bonn und der Universität Mannheim, ist eine langfristig angelegte Forschungseinrichtung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. EPoS befasst sich mit drei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie kann Chancengleichheit gefördert werden? Wie können Märkte angesichts der Internationalisierung und Digitalisierung der Wirtschaftstätigkeit reguliert werden? Und wie kann die Stabilität des Finanzsystems gesichert werden?

## Pressekontakt

econNEWSnetwork

Sonja Heer

Tel. + 49 (0) 40 82244284

[Sonja.Heer@econ-news.de](mailto:Sonja.Heer@econ-news.de)

## Kontakt

Moritz Kuhn

Universität Mannheim

[mokuhn@uni-mannheim.de](mailto:mokuhn@uni-mannheim.de)

CRC TR 224 Büro, Marja Eisheuer

Telefon | +49 228 737926

Email | [crctr224@uni-bonn.de](mailto:crctr224@uni-bonn.de)

[www.crctr224.de](http://www.crctr224.de)